

Heinz O. Vetter

Gewerkschaftseinheit für Europa

Europa — ein Entwicklungsprozeß

Das Schlagwort vom „Europa der Arbeitnehmer“ macht die Runde. Aber auch das vom „Europa der Monopole“. Europa und die europäische Integration, das ist ein Entwicklungsprozeß, der vielen Arbeitnehmern und auch zahlreichen aktiven Gewerkschaftern immer noch wie ein Buch mit sieben Siegeln erscheint. Ein Prozeß, dessen Auswirkungen auf die wirtschaftliche, soziale und politische Realität der Arbeitnehmer oft noch übersehen werden und der nur wenig mit der Entwicklung im eigenen Lande in Verbindung gebracht wird.

Mit der schlagwortartigen Beschreibung aber wird man der tatsächlichen Bedeutung der europäischen Entwicklung für die Arbeitnehmer nicht gerecht. Europa ist weder ein absolutes Instrument in der Hand der „Monopole“ noch ein „Europa der Arbeitnehmer“. Eine so einseitige Beurteilung muß zu falschen Schlußfolgerungen führen und birgt die Gefahr erheblicher Fehleinschätzungen in sich. Die Kampagne der Kommunistischen Partei Frankreichs und der ihr eng verbundenen CGT gegen die europäische Integration und insbesondere die Agitation gegen die „westdeutsche Hegemonie“ muß erhebliche Teile der französischen Arbeiterschaft auf nationalistische Haltungen zurückfallen lassen. Diese Politik ist glücklicherweise, sieht man einmal von der Strategie der Gaullisten im gleichen Lande ab, ohne Entsprechung in anderen europäischen Ländern. Auch die differenzierten europapolitischen Ansichten der italienischen Kommunisten unterscheiden sich im Grundsatz von dieser kurzsichtigen und für die französischen Arbeitnehmer schädlichen Politik gegenüber der europäischen Entwicklung.

Für die Gewerkschaften in Europa ist eine genaue Beschreibung des derzeitigen Zustandes der europäischen Integration und eine sich daraus ableitende gewerkschaftliche Strategie von hervorragender Bedeutung. Die Entwicklung Europas ist in einigen Hinsichten anders verlaufen als es der größtenteils konservative und dem Kapital entsprechende Entwurf ursprünglich vorsah.

1. Die Europäische Gemeinschaft (EG) hat sich nicht auf die reichen industrialisierten Regionen beschränken lassen. Die Süderweiterung wird den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Charakter der Europäischen Gemeinschaft erheblich beeinflussen.

2. Insbesondere unter dem Einfluß der Krise, die schließlich auch mobilisierend auf die sozialen Kräfte in Europa einwirkt, verstärkt sich der gemeinsame Druck der Gewerkschaften in Europa. Voneinander verschiedene gesellschaftspolitische Konzeptionen treten gegenüber einer gemeinsamen gewerkschaftlichen Realpolitik in Europa in den Hintergrund. Damit wird der Versuch, die Gewerkschaften in einem relativ unverbindlichen Konsultationssystem zu domestizieren, zum Scheitern verurteilt.

3. Für die Begründer der kleineuropäischen Lösung kam es weniger auf transnationale Politik als vielmehr auf die Schaffung eines Handlungsrahmens an, in dem sich Handel und Wirtschaft ungestört entfalten konnten. Demokratische Strukturen, wie das derzeitige Parlament, hatten dabei bestenfalls begleitende Funktion. Eine durchdringende Demokratisierung und die Entwicklung europäischer Gesellschaftspolitik, vor allem in den Bereichen „Demokratisierung der Wirtschaft“ und europäische Sozialpolitik, jedenfalls lagen nicht im Bereich des kleineuropäischen Konzepts.

4. Die Absicht, Europa als einen Verbund nationaler Regierungen unter der Dominanz Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland zu gestalten, hatte keine Aussicht auf dauerhafte Verwirklichung. Die kleinen Länder haben bewiesen, daß sie einer hegemonialen Konzeption von Europa nicht zustimmen und das neue Parlament ist ganz sicher — und das trotz seiner anfänglichen Schwächen — der Anfang vom Ende eines „Europa der Regierungen“. Die europäischen Bürger und die Arbeitnehmer werden aktiv in die europäische Entwicklung eintreten. Die euphorischen Sonntagsreden über freien Grenz- und Warenverkehr vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, daß die sozialen Gruppen bislang bestenfalls in der Spitze und lediglich konsultativ an der europäischen Politik beteiligt waren.

Der Europäische Gewerkschaftsbund - ein Zuwachs an Einheit

Für die Gewerkschaften in Europa kommt es darauf an, den Europäischen Gewerkschaftsbund EGB zum Ausgangspunkt einer umfassenden europäischen Gewerkschaftszusammenarbeit zu machen, ihn kontinuierlich zu stärken und eine au-

tonome gewerkschaftliche Kraft in Europa zu entwickeln. Kritiker des EGB werfen ihm mangelnde Wirksamkeit, geringe organisatorische Ausstattung, weitgehende Aktionsunfähigkeit und Nichtbereitschaft zur Zusammenarbeit mit den kommunistischen Gewerkschaften Westeuropas vor.

Diese Kritik ist wenig konstruktiv und wird den Realitäten der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung nicht gerecht. Der 1973 gegründete Europäische Gewerkschaftsbund ist aus den nationalen Bündeln der europäischen Regionalorganisation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) hervorgegangen. Diesen Organisationen kommt das Verdienst zu, erkannt zu haben, daß die Entwicklung vor allem innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Formation der Gewerkschaften in Westeuropa zwingend verlangt: Gewerkschaften, die von gleichen Grundsätzen ausgehen und unter vergleichbaren gesellschaftlichen Bedingungen arbeiten. Die Gründung des EGB blieb auch innerhalb des IBFG nicht ohne Kritik. Vor allem die dem IBFG angehörenden Gewerkschaften aus den sich entwickelnden Ländern der Dritten Welt äußerten die berechtigte Furcht, daß der EGB sich als eine Regionalorganisation der „reichen“ Länder Europas verstehen könnte und daß dies der Anfang vom Ende der internationalen Gewerkschaftssolidarität innerhalb des IBFG sei. Die Entwicklung hat diesen Kritikern nicht recht gegeben. Die Beteiligung der europäischen Gewerkschaften an der Solidaritätsarbeit des IBFG hat weder materiell noch politisch einen Rückgang hinnehmen müssen. Die regionalisierte Zusammenarbeit schließlich steht nicht im Widerspruch zur internationalen Gewerkschaftszusammenarbeit - sie ist ihre Voraussetzung und ihre Ergänzung. Und schließlich: Der EGB war von Anfang an eine europäische Gewerkschaftsvereinigung, die sich nicht auf die Organisation aus den Mitgliedsländern der EG beschränkte, sondern mit den Organisationen aus den EFTA-Ländern, aus Malta und Spanien den Anspruch der Unteilbarkeit der Arbeitnehmerinteressen in Nord-, West- und Südeuropa unterstrich.

Die organisationspolitische Überschreitung der EG durch den EGB hat sich nicht — wie einige Organisationen aus den EG-Ländern befürchteten — desintegrativ und zum Nachteil einer abgestimmten Gewerkschaftspolitik und Zusammenarbeit unter den Bündeln aus den EG-Ländern ausgewirkt. Das Gegenteil ist richtig: Durch diesen Schritt wurde eine geographisch-politische Fraktionierung der Gewerkschaften in Europa und ein Auseinanderbrechen der europäischen Gewerkschaften verhindert. Diese Ausweitung des EGB ist auch einer der Gründe dafür, daß Differenzen zwischen integrationsbefürwortenden Bündeln und weniger auf die europäische Entwicklung setzenden Mitgliedsorganisationen in Grenzen gehalten und, sogar überwunden werden konnten. Hand in Hand mit der Auflösung der europäischen Regionalorganisation des IBFG entwickelte sich auch der Wille zur Mitarbeit in einer neuen umfassenden europäischen Organisation bei den dem christlichen Weltverband der Arbeit (WVA) angeschlossenen Bündeln in Europa. Die europäische Organisation des WVA (EO-WVA) löste sich ebenfalls auf. Ihre Mitglieder außer

den christlichen Gewerkschaften Deutschlands traten in den EGB ein. Diese Entscheidung war die Grundlage sowohl für die Herstellung der europäischen Gewerkschaftseinheit wie sie nach wie vor eine Voraussetzung für die Vereinigung zwischen IBFG und WVA ist.

Der Zusammenhang zwischen europäischer Gewerkschaftszusammenarbeit und der Herstellung nationaler Gewerkschaftseinheit ist unübersehbar. Generell ist die Tendenz zu einer allmählichen Überwindung der nationalen gewerkschaftlichen Spaltungen festzustellen. In den Niederlanden haben sich der sozialistische Bund NW und der katholische Bund NKV zum Einheitsgewerkschaftsbund FNV vereinigt. In Italien wird der komplizierte Prozeß der Zusammenarbeit im Rahmen einer Föderation zwischen der linkskatholischen CISL, der kommunistisch-sozialistischen CGIL und der sozialdemokratisch-sozialistisch-republikanischen UIL trotz gelegentlicher Rückschläge mit dem Ziel aufweitergehende Zusammenarbeit beharrlich fortgesetzt. Und selbst in Frankreich ist eine größere Nähe, zunächst jedenfalls in den gewerkschaftspolitischen Konzeptionen, zwischen der sozialistischen CFDT und der laizistischen CGT-FO festzustellen. Die in Belgien miteinander in Konkurrenz befindlichen Bünde FGTB (sozialistisch) und CSC (christlich-sozial) arbeiten im Rahmen einer gemeinsamen Aktion gewerkschaftlich zusammen und kooperieren trotz aller nationalen Gegensätze im Europäischen Gewerkschaftsbund miteinander. Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um den unauflöselichen Zusammenhang und die gegenseitige Abhängigkeit von nationaler und europäischer Gewerkschaftszusammenarbeit zu belegen. Ohne die europäische Zusammenarbeit keine Entwicklung hin zur nationalen Gewerkschaftszusammenarbeit; ohne einen Zuwachs an nationaler Gewerkschaftseinheit kein Zuwachs an europäischer Gewerkschaftseinheit.

Die kommunistischen Gewerkschaften in Westeuropa: Schwenkung oder Wandel?

In diesem Kontext ist eine klare Stellungnahme zum Verhältnis zwischen dem EGB und den kommunistisch orientierten Bündeln Westeuropas und der Haltung des DGB erforderlich. Die italienische CGIL, kommunistisch dominiert, aber mit einer einflußreichen sozialistischen Minderheit, wurde mit Unterstützung der beiden anderen italienischen Organisationen - also auch mit dem Willen der christdemokratischen Gewerkschaftspolitiker der CISL — in den europäischen Bund aufgenommen. Die CGIL hat in der Zwischenzeit die organisatorischen Bindungen zum kommunistischen Weltgewerkschaftsbund (WGB) gelöst. Die drei italienischen Gewerkschaften, also auch die CGIL, haben im Rahmen der Föderation eine klare europäische Option entwickelt, sie treten für die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Griechenland, Spanien und Portugal ein und gehören zu den engagierten und uneingeschränkten Befürwortern der Demokratisierung der europäischen Institutionen auch durch die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Mit dieser Feststellung ist kein abschließendes Urteil über die Frage verbun-

den, ob die Optionen der italienischen Kommunisten für eine parlamentarisch-demokratische Entwicklung und die Einheit Westeuropas auf dieser Grundlage lediglich eine taktische Schwenkung innerhalb einer orthodoxen Strategie oder aber ein grundsätzlicher Wandel ist.

Die französische CGT hingegen muß grundlegend anders beurteilt werden. Ihre Politik wird eindeutig von der KPF bestimmt; die Sekretäre der CGT in allen französischen Departments sind ohne Ausnahme Mitglieder der KPF, die sozialistischen und christlichen Strömungen sind erheblich unterrepräsentiert und haben im System des in der CGT praktizierten demokratischen Zentralismus keinerlei Chancen auf repräsentativ-demokratische Mitbeteiligung an der Führung des Bundes. Die CGT ist nichts anderes als der gewerkschaftliche Arm der KPF und neben der portugiesischen Intersyndical die am stärksten parteiabhängige Gewerkschaft in Westeuropa. Damit ist eine der wichtigen Voraussetzungen für die Aufnahme in den EGB, nämlich die gewerkschaftliche Unabhängigkeit, nicht gegeben. Alles deutet darauf hin, daß die KPF die Bindung zwischen CGT und Partei auf dem nächsten Kongreß der KPF noch verstärken wird. Während bislang der Generalsekretär der CGT, Seguy, und das Vorstandsmitglied der CGT, Krasucki, Mitglied im ZK der KPF waren, wird nun wahrscheinlich - und das zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte der CGT - ein drittes Vorstandsmitglied, nämlich Warcholak, in das ZK der KPF einziehen. Diese personelle Verknüpfung ist in Westeuropa ohne Beispiel und straft alle Beateuerungen der CGT und der KPF, der Gewerkschaftsbund sei von der KPF unabhängig und respektiere demokratische Pluralität, ganz eindeutig Lügen. Daß die entschlossene Ablehnung des DGB, die CGT zum Mitglied des EGB zu machen, alles andere als eine aus dem „Kalten Krieg“ entspringende Haltung ist, mögen zwei weitere Faktoren belegen: Der 40. Kongreß der CGT im Winter 1978 in Grenoble hat die Bindung der CGT an den Weltgewerkschaftsbund gestärkt. Die CGT bleibt damit die einzige westeuropäische Gewerkschaftsorganisation, die einer Internationalen angehört, deren reale politische Grundlagen mit den Prinzipien von freier gewerkschaftlicher Betätigung, gewerkschaftlicher Unabhängigkeit von Partei und Staat und der Respektierung und Verwirklichung der Menschenrechte nicht vereinbar sind. Nach Auffassung des DGB und der großen Mehrheit der Mitgliedsorganisationen des EGB ist die Mitgliedschaft in WGB und EGB nicht miteinander verträglich. Und ein letztes: Trotz aller Nuancierungen sind sich die EGB-Mitglieder, die aus den Ländern der Gemeinschaft kommen, darin einig, daß die Gewerkschaften den Prozeß der europäischen Integration im Grundsatz akzeptieren und ihre gemeinsame Politik darauf richten, ihn im Interesse der Arbeitnehmer in Europa mitzugestalten und, wenn erforderlich, in eine andere Richtung zu lenken. Die CGT hingegen nimmt eine grundsätzlich ablehnende Haltung zur Integration ein und verfällt mit ihrer Begründung für die Zurückweisung der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Spanien, Griechenland und Portugal in eine eindeutig nationalistische Haltung.

Das alles sind objektive Hindernisse für den Beitritt der CGT in den EGB. Es ist an der CGT, die Voraussetzungen für einen Beitritt zu schaffen. Niemand jedenfalls, auch nicht der DGB, hat ein Interesse daran, daß sich die orthodoxen Tendenzen in der CGT in alle Ewigkeit verfestigen. Für den DGB gibt die Politik der CGT nichts her, was eine Revision seiner Haltung gegenüber dieser Organisation rechtfertigte. Die bedenkenlose, demagogische und chauvinistische antideutsche Kampagne während der Stahlkrise in Lothringen, die von der CGT inspiriert und die vor allem vom Generalsekretär der CFDT, Edmond Maire, in sehr mutiger Weise zurückgewiesen wurde, ist schließlich ein letztes Beispiel für den Charakter der Politik der französischen CGT.

Grundlinien einer europäischen Gewerkschaftspolitik

Der EGB steht mit seinem 3. Ordentlichen Kongreß, der vom 14. bis 18. Mai dieses Jahres in München stattfinden wird, nicht - wie man vor Kongressen zu sagen pflegt — vor einem epochemachenden Kapitel seiner Geschichte, sondern vor einer Fortsetzung der bisherigen Entwicklung. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet von einer sich stetig verbessernden gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, von der Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie gegenüber der Politik der Regierungen und der europäischen Arbeitgeber, von der Konkretisierung der Zusammenarbeit und von einer stärker werdenden Bereitschaft zu gemeinsamen und autonomen Aktionen. Ein umfassendes und vorausgehend breit diskutiertes Politikprogramm des EGB wird vom Kongreß verabschiedet werden.

Bei der Vielfalt der Bedingungen und Traditionen, unter denen die Gewerkschaften in ihren Ländern arbeiten müssen, ist eine Vielfalt an gewerkschaftlichen Vorstellungen, vor allem im gesellschaftspolitischen Bereich, nur natürlich. Die letzten Jahre der Zusammenarbeit haben gezeigt, daß über die gewerkschaftspolitischen Vorstellungen hinweg die nationale und die europäische Gewerkschaftspolitik so miteinander synchronisiert worden sind, daß bereits von einer in den Grundlinien gemeinsamen Gewerkschaftspolitik in allen europäischen Ländern gesprochen werden kann: Arbeitszeitverkürzung, Herabsetzung des Rentenalters, Verlängerung des Jahresurlaubs, Schutz der Arbeitnehmer vor den Folgen der Rationalisierung, beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik, Ausweitung des öffentlichen Sektors und Verbesserung der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, Kaufkraftverbesserung vor allem für die Bezieher niedriger Einkommen — das sind Forderungen, die die derzeitige gewerkschaftliche Tarifpolitik in allen westeuropäischen Ländern mit unterschiedlichen Gewichtungen bestimmen. Diese strukturelle Vergleichbarkeit wird zwangsläufig die Tarifpolitik der nationalen Gewerkschaften in Zukunft immer stärker in Übereinstimmung bringen und die Tendenzen für eine europäische Tarifpolitik begünstigen. Dies wird sich vor allem in der Arbeit der europäischen Gewerkschaftsausschüsse niederschlagen.

Auf der Ebene des Europäischen Gewerkschaftsbundes findet diese Entwicklung eine Entsprechung nicht nur in der gemeinsamen Forderung auf EG-Ebene nach globaler Verkürzung der Arbeitszeit in einem Zeitraum von vier Jahren um zehn Prozent, sondern auch in dem erklärten Willen des EGB, die nationalen Anstrengungen der Gewerkschaften durch Kontakte auf europäischer Ebene mit den europäischen Arbeitgebern (UNICE) zu ergänzen. In der Politik der europäischen Arbeitgeber ist eine erhebliche Verhärtung festzustellen und dies offensichtlich vor allem unter dem Druck der deutschen Vertreter. Es sind nicht die Gewerkschaften, die das Konzept von der Zusammenarbeit der sozialen Parteien zur Lösung der drängenden Beschäftigungsprobleme zum bloßen Gerede verkommen lassen, sondern es ist die „Klassenkampf-von-oben-Mentalität“ der Industrie- und Wirtschaftsverbände. Die Hoffnung, diese besonders in der Bundesrepublik verbreitete Haltung durch europäische Gespräche zu relativieren, ist ganz unbegründet nicht.

Die dreigliedrigen Konferenzen (Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierungen) - sowohl innerhalb der EG wie auch künftig im Rahmen des Europarats - sind ein Instrument zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die seinerzeit auf Vorschlag des EGB eingerichtete Konferenz hat sich jedoch, das gilt vor allem für die des vergangenen Jahres, in der derzeitigen Konstruktion als handlungsunfähig erwiesen. Der EGB hat detaillierte Vorschläge zur Reform von Vorbereitung und Arbeitsmethode unterbreitet, von deren Verwirklichung er seine weitere Teilnahme abhängig machen muß. Während der EGB für die ihm angeschlossenen Organisationen eine gemeinsame Position auf der letzten Konferenz vertrat, lehnten die Arbeitgeber de facto eine Erörterung der von den Gewerkschaften unterbreiteten Forderungen insbesondere zur Arbeitszeitverkürzung rundweg ab, und die Regierungen verzichteten völlig auf eine gemeinsame Haltung im Rahmen des Ministerrates der EG. Sie traten voneinander unabhängig auf und vermieden peinlich jede Verbindlichkeit. Der EGB verlangt, daß auf zukünftigen dreigliedrigen Konferenzen die beteiligten Parteien jeweils mit einer Stimme sprechen, daß die Themen vorher verbindlich festgelegt und vorbereitet werden und daß die Konferenz selbst zu politischen Willenserklärungen kommt, die darin auch zu einer gemeinsamen Politik in Europa führen. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen muß ein europäisches Abstimmungsinstrument seine Tauglichkeit beweisen, oder es führt sich selbst ad absurdum.

Direktwahlen: Ein Weg zu mehr Demokratie in Europa

Nicht zu übersehen ist, daß ein erheblicher Teil der europäischen Politik unter Ausschluß der Öffentlichkeit in den europäischen Ländern stattfindet. Das gilt auch für die dreigliedrige Konferenz. Für die Bürger spielt sich Europa in undurchsichtigen Sitzungen hinter verschlossenen Türen ab. Die stete Beschwörung der Europa-Idee ist sicher auf Dauer kein geeignetes Mittel, um diesen Zustand zu überwinden.

Demokratisierung bedeutet auch Herstellung von mehr Öffentlichkeit. Gerade deshalb kommt dem ersten direkt gewählten Parlament eine besondere Bedeutung zu. Natürlich wird es keine Wunder vollbringen können, und auch in den nächsten fünf Jahren wird es öfter an die Grenzen seiner eingeschränkten Entscheidungsfähigkeit stoßen. Aber es ist nicht nur ein richtiger, sondern ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur politischen Zusammenarbeit in Europa, wenn im Juni 1979 die Bürger der neun Mitgliedsstaaten der EG gemeinsam ein Parlament wählen. Durch die Direktwahlen und durch die Beteiligung führender nationaler Politiker in allen Ländern der Gemeinschaft auf den Listen der Parteien wird dieses Parlament ein politisches Gewicht erhalten, daß ihm mit Sicherheit ein „Mauerblümchen-Dasein“ erspart wird. Aus den eingangs bereits dargelegten Gründen steht zu befürchten, daß die Arbeitnehmer die reale politische Bedeutung dieses Parlaments nur gering veranschlagen und sich deshalb bei den Wahlen abstinenter verhalten als das bei nationalen und lokalen Parlamentswahlen der Fall ist. Eine Bestätigung dieser Hypothese hätte zwangsläufig zur Folge, daß die Autorität und die Legitimation des neuen Parlaments vor allem bei den Arbeitnehmern verhältnismäßig schwach ausgeprägt wäre. Das wäre ein Rückschlag für die Demokratisierung der EG, die gerade die Arbeitnehmer und ihre Organisationen dringend benötigen, um in mehr Offenheit und Öffentlichkeit die Interessen der Arbeitnehmer transnational vertreten zu können. Der EGB ist nicht reich gesegnet mit Bündnispartnern. Weite Teile der EG-Kommission stehen den Gewerkschaften keinesfalls nah. Die Gewerkschaften brauchen das Parlament, denn es wird nicht nur insgesamt ein Bündnispartner sein, sondern auch die Möglichkeit eröffnen, durch die interfraktionelle Zusammenarbeit von Abgeordneten, die aus den EGB-Gewerkschaften hervorgegangen sind, eine beachtliche Kraft in diesem Parlament zu entwickeln. Der DGB hat für die Europa-Wahlen auf die Herausgabe von Wahlprüfsteinen bewußt verzichtet. Hingegen hat er, um dem Ziel der Mobilisierung der Arbeitnehmer für die Wahlen näherzukommen, „10 gute Gründe für Europa“ veröffentlicht:

1. Die Zusammenarbeit der Staaten in Europa macht den Frieden sicherer.
2. Europa braucht demokratisch gewählte Institutionen. Nur in der Demokratie können die Arbeitnehmer ihre Interessen durchsetzen.
3. Viele unserer Probleme können auf Dauer nur im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit gelöst werden. Es gibt keine nationalstaatlichen Rezepte zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise.
4. Die Europäische Gemeinschaft hat sechs Millionen Landwirte — und sechs Millionen Arbeitslose. Deshalb darf Europa sich nicht in erster Linie in der verständlichen Sorge um seine Bauern erschöpfen: Das Thema Arbeitslosigkeit muß auf Punkt 1 der Tagesordnung stehen.

5. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in Europa ist die Freizügigkeit der Arbeitslosen. Dort, wo Arbeitslosigkeit herrscht, muß Industrie angesiedelt werden. Das ist sinnvoller, als Menschen quer durch Europa zu schicken.

6. Grenzüberschreitende multinationale Konzerne entwickeln multinationale Macht. Multinationale Macht muß multinational und demokratisch kontrolliert werden.

7. Im Europa der Gemeinschaft gibt es arme und reiche Regionen. Das neue Parlament muß Initiativen zur europäischen Regionalpolitik entwickeln. Das kommt allen zugute.

8. Im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) sind 33 demokratische Gewerkschaftsbünde aus 18 Ländern zusammengeschlossen. Der EGB braucht einen europäischen Bündnispartner — das Europäische Parlament.

9. Europa muß ein Europa der Arbeitnehmer werden. Wir brauchen eine starke Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Europäischen Parlament.

10. Die erste Direktwahl wird darüber entscheiden, welches politische Gewicht das neue Europäische Parlament haben wird. Nur ein starkes Parlament kann Europa vorwärtsbringen.

Auf der Grundlage dieser Argumentation wird der DGB seinen Beitrag zur Mobilisierung der Arbeitnehmer leisten. Auch die Kandidaturen führender Gewerkschafter auf den Listen von SPD und CDU müssen in diesem Zusammenhang beurteilt werden. Unabhängig voneinander hat sich in allen Ländern der EG nach Bekanntgabe des Wahltermins eine Debatte in den Gewerkschaften darüber entwickelt, in welcher Weise sich Gewerkschafter an diesen Wahlen beteiligen können. Sieht man einmal von Großbritannien ab, so ist festzustellen: In fast allen Ländern der Gemeinschaft kandidieren führende Gewerkschafter auf der Liste ihrer jeweiligen Partei für das Europäische Parlament. Diese Entwicklung hat ihren klaren Grund: Bei den Gewerkschaftsbünden in Europa verbreitet sich ein immer stärkeres Unbehagen über das soziale Defizit der Gemeinschaft, dem der EGB allein nur schwer beizukommen in der Lage ist. Das Parlament hingegen kann einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung dieses Problems leisten, vorausgesetzt, das gewerkschaftliche Element im neuen Parlament ist stark und repräsentativ vertreten.

Die von interessierten Kreisen in der Bundesrepublik eingeleitete Debatte über die Verträglichkeit von politischem und gewerkschaftlichem Mandat ist dabei als scheinheilig zu bezeichnen. Die Satzung des DGB verbietet die Übernahme eines solchen Mandats keinesfalls, und gewählte Gewerkschaftsfunktionäre haben von Anfang an immer wieder - und zwar sowohl für die SPD und die CDU - auf allen Ebenen parlamentarische Mandate übernommen. Bislang wurde das immer als ein Beitrag der Gewerkschafter zur Festigung der parlamentarischen Demokratie ge-

würdigt. Daß der DGB-Vorsitzende es sich zur Regel gemacht hat, kein parlamentarisches oder parteipolitisches Mandat zu übernehmen, versteht sich von selbst. Daß jedoch die Ausnahme von dieser Regel zum Gegenstand einer peinlichen und provinziellen Polemik gemacht wird, das zeigt, wie bei manchen Politikern kurzsichtige Polemik das europäische Bewußtsein überwiegt. Die Kandidatur gerade bei diesen Wahlen ist notwendig und die Konsequenz aus einem traditionell starken europäischen Engagement der Gewerkschaften für Europa. Jetzt geht es nicht nur darum, die Arbeitnehmer für die Wahlen zu mobilisieren, sondern auch darum, die nicht zu übersehende Distanz der Arbeitnehmer — und vieler Gewerkschafter — zu Europa zu überwinden. Das ist ohne Kraftakt nicht möglich. Wie stark das einheitsgewerkschaftliche Element dabei ist, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, daß führende Gewerkschafter auf den Listen der beiden großen demokratischen Parteien kandidieren.

Die Arbeit des neuen Parlaments wird von den Gewerkschaftern dazu genutzt werden müssen, im Rahmen ihrer Parteien, aber auch darüber hinaus dafür zu arbeiten, daß die europäische Entwicklung eine neue Qualität in den Bereichen von Wirtschafts- und Sozialpolitik erfährt, daß Entscheidungen demokratisch vorbereitet und transnational getroffen werden und daß Europa nicht zu einem parlamentarisch verbrämten Bedingungsrahmen für die Entwicklung des Kapitals wird.